

I. Historische und ideologische Grundlagen der sowjetischen Nahostpolitik

*„Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, dass der zivi-
lisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe.“¹*

(Außenminister A. M. Gorčakov, 1864)

*„Die Sowjetunion ist das wahre Vaterland des Proletariats, die festeste Stütze seiner Er-
rungenschaften und der Hauptfaktor seiner internationalen Befreiung; das verpflichtet
das internationale Proletariat, dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zum
Erfolg zu verhelfen und das Land der proletarischen Diktatur mit allen Mitteln gegen
die Angriffe der kapitalistischen Mächte zu verteidigen.“²*

(Programm der Komintern, 1928)

Die sowjetische Politik gegenüber dem Nahen Osten nach dem Zweiten Weltkrieg ist auf mehrere einflussreiche Faktoren zurückzuführen, deren Wurzeln nicht zuletzt auch in der historischen Entwicklung der UdSSR selbst begründet liegen. Die meisten politischen, strategischen und ideologischen Entscheidungen und Zielsetzungen der sowjetischen Außenpolitik sind ohne deren Kenntnis nicht einzuordnen. Das Interesse der Sowjetunion an Ländern des Nahen Ostens ab Mitte der 1940er Jahre war nicht ausschließlich auf eine neue Rolle als ideokratische Großmacht seit dem Zweiten Weltkrieg zurückzuführen, sondern lag in der russischen Geschichte, der russischen Gedankenwelt und der sowjetischen Ideologie begründet. Die Variablen bildeten die internationale politische Situation sowie der Faktor Persönlichkeit, die beide auch den entscheidenden Methodenwechsel in Bezug auf die Beziehungen zu Staaten nicht-sozialistischer Entwicklung in Asien und Afrika prägen sollten, der im Kreml Mitte der 1950er Jahre vorgenommen wurde.

Expansion und Einflussnahme waren immer Teil der russischen Verteidigung und Sicherung des Landes gewesen und hatten somit eine imperiale Tradition konstituiert. Gleichzeitig beruhte diese Politik auf einem grundsätzlichen Selbstverständnis russischer Kultur, dem Glauben an eine besondere zivilisatorische Reife, welche dem Reich auch eine „missionarische Pflicht“ auferlegte. Die Oktoberrevolution bedeutete zwar einen Bruch mit der zaristischen Politik, doch fand der imperiale Anspruch gleichzeitig eine Fortsetzung, da man an die Fortschrittlichkeit und Pflicht des „Mutterlandes der Revolution“ gegenüber anderen Nationen und politischen Formationen glaubte und damit sogar einen universellen Anspruch manifestierte.³

¹ Aleksandr Michajlovič Gorčakov (1798–1883) war ein russischer Diplomat und von 1856 bis 1882 Außenminister. Siehe: Außenminister A. M. Gortschakow über die Motive der russischen Expansion in Asien, 3. 12. 1864, in: Alter (Hg.), Nationalismus, S. 232.

² Programm der Kommunistischen Internationale von 1928, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd. I, S. 334.

³ Zubok/Pleshakov, Inside the Kremlin's Cold War, S. 2ff.; Campbell, The Soviet Union and the Middle East, Teil I, S. 152; Meissner, Triebkräfte und Faktoren, S. 14.

1. Wirtschaftliche und strategische Interessen des Russischen Reiches

Die Geschichte Russlands bis zum Ersten Weltkrieg ist gleichzeitig auch der andauernde Prozess der Konstituierung und Etablierung des Staates. Die Erfahrung mit der zweihundertvierzig Jahre währenden mongolischen Fremdherrschaft (1237/40–1480) hatte die Notwendigkeit eigenen Machtzuwachses gezeigt, und gemäß der Intention, das Land gegen Überfälle der angrenzenden Völker zu schützen, begann Ende des 15. Jahrhunderts die russische Expansion. Russland hatte keine natürlichen Grenzen, so dass die territoriale Vergrößerung als einzige Garantie für Sicherheit angesehen wurde. Dabei handelte es sich weniger um wirtschaftliche Interessen als vielmehr um Interessen der Staatsräson.⁴ Von national gesinnten russischen Denkern, wie dem Exilphilosophen Ivan Il'in, wurde diese Expansion auch gerne als eine Geschichte „einer andauernden nationalen Notwehr“⁵ dargestellt.

Das Bedürfnis nach Sicherheit erhielt mit Peter dem Großen eine neue machtpolitische Ausprägung. Er sah im Zugang zum Meer und im Aufbau einer starken Flotte die eigentliche Gewähr für die Sicherheit des Reiches. Sein Ziel war es, dem Reich Zugang zu eisfreien Häfen zu verschaffen, welche das ganze Jahr hindurch den Schiffsverkehr ermöglichen. Nachdem seine Schwester Sofia vergeblich versucht hatte, dem Osmanischen Reich die Krim abzugewinnen, konnte er sich 1696 zumindest die Stadt Asow am Schwarzen Meer erkämpfen. Im Zweiten Nordischen Krieg gegen Schweden erlangte er die Vorherrschaft in der Ostsee und in der 1703 von ihm gegründeten Stadt St. Petersburg ließ er den ersten Hafen anlegen, der in erster Linie der Flottennutzung diente. Seine größte Hoffnung, das geschwächte Reich der Perser zu besiegen und so den Zugang zum Persischen Golf zu erlangen, gab er als unerfüllte Vision an seine Nachfolger weiter.

Katharina II. führte die Expansionspolitik Peters des Großen und seiner Nachfolger weiter. Sie drang auf Gebietszuwachs in Europa wie im Süden Russlands, wo sie zu diesem Zweck eine intensive Siedlungspolitik betrieb. Expansion auf Kosten des geschwächten Osmanischen Reiches galt als strategische Notwendigkeit. Dabei versuchte Katharina die Große, dies außer mit militärischem Vorgehen auch noch durch die innere Schwächung des Osmanischen Reiches zu erreichen. Sie unterstützte Aufständische in Griechenland und schickte 1768 Waffen und ein Schutzversprechen an den Mameluckenemir 'Alī Bek al-Kabīr⁶, der die Unabhängigkeit Ägyptens von der Pforte proklamierte.⁷

Der am 21. Juli 1774 mit dem Osmanischen Reich geschlossene Vertrag von Küçük Kaynarca sicherte dem Russischen Reich einen Teil der Schwarzmeerküste und einige

⁴ Kappeler, Rußlands erste Nationalitäten, S. 138; Sidorko, Dschihad im Kaukasus. Zunächst folgte die russische Expansion nach Sibirien ab Ende des 16. Jahrhunderts einer privaten Expedition der großen Händlerfamilie der Stroganovs. Die weitere Expansion wurde aber von Sicherheits- und strategischen Zielen dominiert.

⁵ Il'in, Wesen und Eigenart der russischen Kultur, S. 155.

⁶ 'Alī Bek al-Kabīr (1728–1773) stammte ursprünglich aus dem Kaukasus, wurde aber von türkischen Soldaten verschleppt. In Kairo gelang es ihm zunehmend Einfluss zu gewinnen und 1768 entmachte er den osmanischen Verwalter, stoppte die Tributzahlungen und erklärte sich selbst zum Sultan. Sein Einflussgebiet vergrößerte er um den Heğaz und Syrien. 1773 wurde er ermordet.

⁷ Heikal, Sphinx und Kommissar, S. 39; Matuz, Das Osmanische Reich, S. 202. Katharina II. wird in diesem Zusammenhang das „Griechische Projekt“ zugeschrieben. Dieser Plan soll die Intention gehabt haben, durch die Aufteilung des Osmanischen Reiches territoriale Gewinne zu erzielen und vor allem mit Konstantinopel, das die Hauptstadt eines mit Russland eng liierten Staatsgebildes werden sollte, ein neues Zentrum zu gewinnen.

Häfen auf der Krim. Das Recht auf freien Handel und Flottenbau in seinen Häfen und die freie Schifffahrt durch die Meerengen, den Bosphorus und die Dardanellen, bedeuteten einen enormen militärischen und wirtschaftlichen Machtzuwachs für das Russische Reich und seinen Eintritt in die europäische Mächteordnung.⁸

Könnte man in Bezug auf die Krim, mit ihrem vor allem von Ausländern besiedelten Handelshafen, noch von Handelsinteressen ausgehen, so ist dies bei Katharinas Plänen im Kaukasus nicht mehr schlüssig. Sie stellte Kartli und Kachetien⁹ unter russisches Protektorat und griff damit in die persische wie auch die osmanische Einflusssphäre ein. Ihr Sohn, Paul I., verband das Gebiet mit dem russischen Reich über eine Heerstraße durch den Kaukasus und förderte – ansonsten Abstand nehmend von der aggressiven Expansionspolitik seiner Mutter – die Annexion Georgiens.

Das Interesse war deutlich auf die strategische Lage der territorialen Besitzungen des Osmanischen Reiches und Persiens gerichtet, mit dem Hauptziel, sich das Mittelmeer und den Persischen Golf nutzbar zu machen. Diese Zielsetzung wurde im 19. Jahrhundert noch vehementer verfolgt – parallel zu der Intensivierung der Expansionspolitik der beiden europäischen Großmächte, Großbritannien und Frankreich.

Russland konnte sich in mehreren Kriegen sowohl gegen Persien als auch gegen das Osmanische Reich den ganzen Kaukasus und die Schwarzmeerküste als Einflussgebiet sichern. Mit der Eroberung des Kaukasus und der Khanate Zentralasiens bis 1884 traf Russland direkt auf den englischen Machtbereich. Die Grenze zwischen den beiden Einflusssphären bildeten Afghanistan und Persien. Doch Russland setzte seine Bemühungen um das Osmanische Reich und den Zugang zum Mittelmeer fort. Während es sich 1833 noch die Durchfahrt seiner Kriegsflotte durch die Dardanellen in einem geheimen Abkommen mit dem Osmanischen Reich hatte sichern können,¹⁰ wurde dieser Zugang mit Abschluss des Dardanellen-Vertrages 1841 für alle ausländischen, so auch für russische Schiffe gesperrt. Nachdem auch der Plan, das Osmanische Reich aufzuteilen, vom Westen abgelehnt wurde, versuchte das Russische Reich die eigene Expansion fortzuführen. Während es jedoch im Krimkrieg ab 1853 gegen die Hohe Pforte deutliche Erfolge verzeichnen konnte, offenbarten sich die gegensätzlichen Ziele Englands und Russlands umso deutlicher. England und Frankreich griffen zugunsten des „kranken Mannes vom Bosphorus“ ein, mit der Intention, die russische Macht von ihrem Hauptziel fernzuhalten: dem Zugang zum Mittelmeer, welcher auch die Straße zum Persischen Golf und nach Indien öffnete.¹¹ Der Ausgang des Krieges war nicht nur eine große Niederlage für Russland, sondern bedeutete den Verlust des Schwarzen Meeres als Machtbereich, da die militärische Nutzung untersagt wurde. Dazu konnte England seine Macht in den osmanischen Randgebieten stärken. Ägypten geriet aufgrund starker Verschuldung zunehmend unter englische Kontrolle und wurde 1882 von englischen Truppen besetzt. Währenddessen versuchte das geschwächte Russische Reich die Rivalität mit England in eine Aufteilung der Interessensphären münden zu lassen. 1888 war in der Konvention von Konstantinopel schon die freie Schifffahrt durch den Suezkanal in Kriegs- wie in Friedenszeiten vereinbart worden, garantiert von neun Großmächten, u.a. von England und Russland. In der Konvention von St. Peters-

⁸ Matuz, *Das Osmanische Reich*, S. 203.

⁹ Dieses Gebiet entspricht dem südlichen und östlichen Gebiet des heutigen Georgiens.

¹⁰ Zusatzabkommen zum Vertrag von Hünkâr İskelesi zwischen dem Osmanischen Reich und dem Russischen Reich 1833.

¹¹ Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 9.

burg teilten England und Russland 1907 Persien als Einflussgebiet zwischen sich auf, während Afghanistan und Tibet ganz der englischen Sphäre zugeordnet wurden. Als Verbündeter Englands und Frankreichs im Ersten Weltkrieg machte Russland noch einmal den Versuch, die Dardanellen und Konstantinopel zu gewinnen, doch wurde dies durch die eigene Revolution verhindert.¹²

Mehrere Schlussfolgerungen lassen sich aus der dargestellten Entwicklung für diese Arbeit gewinnen. Zum einen wird deutlich, dass das Russische Reich zwar bei der Ostexpansion auch wirtschaftliche Interessen verfolgte, im Hinblick auf die Expansion im Süden gen Nahen und Mittleren Osten aber in erster Linie strategische Sicherheitsinteressen im Fokus standen. Dies zeigt vor allem die gewaltsame Niederwerfung der Völker des Kaukasus im 19. Jahrhundert. Die Kosten und die Anzahl der Opfer standen in keinem Verhältnis zu den ökonomischen Gewinnen.¹³ Das Ziel der russischen Politik war die Einflussnahme in den so genannten Randstaaten an der Peripherie des Reiches. Auf der einen Seite resultierte dies aus dem Bedürfnis, strategischen Zugang zu Meeren, dem Mittelmeer und dem Persischen Golf, zu bekommen und durch geographische Grenzen die Verteidigung des Reichskörpers zu gewährleisten. „In der Tat, Russlands Verwundbarkeit durch Invasionen und seine Aufmerksamkeit für die territoriale Verteidigung erhöhten den geographischen Determinismus bis zum Status einer ständigen Überlegung der Außenpolitik.“¹⁴

Auf der anderen Seite brachte diese Zielsetzung auch eine Ideenkultur hervor, die das Bewusstsein eines imperialen, sich kulturell überlegen fühlenden Reiches verankerte. Auch der russische Philosoph Nikolaj Berdjaev stellte dar, dass gerade die messianistische Idee von Moskau als dem „dritten Rom“ eine wesentliche Rolle bei der Formung des Moskauer Reichs spielte. So entwickelte sich aus der russischen Geschichte und der Bedeutung der orthodoxen Kirche ein Nationalismus mit universalistischem und messianistischem Charakter¹⁵, ein Phänomen, das durchaus auch für andere europäische Mächte in dieser Zeit kennzeichnend war.¹⁶

Die Sicherung des Reiches und der oft religiös untermauerte Anspruch auf zivilisatorische Überlegenheit bedingten sich bald gegenseitig und bildeten die Grundlage der russischen Außenpolitik.¹⁷ Der russische Außenminister A. M. Gorčakov formulierte dies 1864 so: „Die Sicherheit der Grenzen und des Handels verlangt in solchem Falle, dass der zivilisierte Staat ein gewisses Übergewicht über seine Nachbarn ausübe.“¹⁸

Verfolgt wurde das Ziel der Einflussnahme mit verschiedenen Methoden: Dies konnte militärisches Vorgehen und die Annexion von Gebieten sein. Aber auch diplomatische Mittel wurden regelmäßig eingesetzt. Eine konsequent genutzte taktische Vorgehensweise war das Auftreten als Schutzmacht gegenüber Gebieten, die im russischen Interessenfeld lagen. Diese Methode war bei den Abkommen mit den Kosakenstämmen, bei Verträgen

¹² Vgl. Mahr, *Die Rolle Ägyptens*, S. 23–26.

¹³ Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich*, S. 147. Z. B. war die fruchtbarste Region, das Gebiet der Tscherkessen, durch die jahrelange Kriegsführung und die russischen Ausrottungsmaßnahmen gegen die Bevölkerung zerstört worden.

¹⁴ Zitiert nach Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 10.

¹⁵ Berdiajew, *Sinn und Schicksal*; Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 14f.

¹⁶ Siehe hierzu das Beispiel Frankreichs, in: Burrows, „*Mission Civilisatrice*“, S. 109–135.

¹⁷ Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 4f.; Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*, S. 2f.

¹⁸ Außenminister A. M. Gortschakow über die Motive der russischen Expansion in Asien, 3. 12. 1864, in: Alter (Hg.), *Nationalismus*, S. 232.

mit den kasachischen Schusen, mit Georgien, mit anderen Kaukasusvölkern und auch bei der Unterstützung Ägyptens eingesetzt worden. Eine Taktik, die die russische Politik auch weiterhin prägen sollte.¹⁹ Nicht zuletzt sollten außerdem der orthodoxe Glaube oder auch die Idee des Panslawismus integrativ auf die heterogene Bevölkerung einwirken.

Ein anderer Faktor dieser geschichtlichen Entwicklung ist die Erfahrung, die Russland bei den Annexionen mit muslimischen Gesellschaften machte. Die Eroberungen von Kasan, Astrachan, der Krim, des Kaukasus und Zentralasiens brachten gesellschaftlich teils hoch entwickelte muslimische Völker und Staatswesen unter die russische Herrschaft, so dass der Islam auch in Russland selbst eine wachsende Rolle spielte.²⁰

2. Der Nahe Osten in der sowjetischen Politik bis zum Zweiten Weltkrieg

Nach der Revolution von 1917 stritten die kommunistischen Revolutionäre für die Vereinigung der Völker unter dem Banner der Gleichheit, die sie aus der kommunistischen Ideologie extrahierten. Lenin passte die kommunistischen Ideen, vor allem auf Marx und Engels zurückgreifend, an die vorherrschende Situation an und entwickelte daraus ein Programm für das weitere Vorgehen der durch die Revolution an die Macht gekommenen Bolschewiki. Offiziell wurde von der Expansionspolitik des Russischen Reiches Abstand genommen, da eine Außenpolitik auf Kosten anderer Völker deutlich der neuen Ideologie widersprach. Die Bolschewiki kündigten alle ungleichen Verträge des Zarenreiches auf und brachten erstmals, selbst die Gleichheit unter Völkern propagierend, die geheimen Verträge der Großmächte an die Öffentlichkeit.²¹ Wie der Osteuropahistoriker Leonid Luks feststellt, war es die Intention, „Rußland zum Zentrum der Auflehnung gegen die europäische Welthegemonie“²² zu machen. Dies verband sich mit dem Anspruch, selbst nicht mehr als europäische Hegemonialmacht von den kolonialen Völkern betrachtet zu werden. „Nicht von Russland und seiner revolutionären Regierung erwartet Euch die Versklavung, sondern von den Raubtieren des europäischen Imperialismus, von denen, die Eure Heimat umwandelten in ihre eigene ausgeraubte und ausgebeutete Kolonie“²³, hieß es 1917 in einem offenen Appell an die muslimischen Völker.

Gleichzeitig aber untermauerte Lenins Auslegung der marxistischen Ideologie den russischen Vormachtsanspruch, womit der Bolschewismus der Vorstellung von Russland als der vorherrschenden Kultur für die Weltentwicklung treu blieb.²⁴ Im Zarenreich hatte sich

¹⁹ Kappeler, Rußland als Vielvölkerreich, S. 97.

²⁰ Bräker, Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam, S. 148.

²¹ Dekret o mire. Prinjat II vserossijskim s'ezdom Sovetov. Napisan V. I. Leniny, 26 oktjabrja (8 nojabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 58. Veröffentlicht wurde z. B. auch das bis dahin geheime Sykes-Picot-Abkommen, welches die Aufteilung des Nahen Ostens zwischen Frankreich und Großbritannien festlegte.

²² Luks, Die Ideologie der Eurasier, S. 379f. Luks zeigt eine interessante Parallele zwischen den Bolschewiki und der russischen Eurasierbewegung auf. Auch der Eurasier Fürst Nikolaj S. Trubeckoj (1890–1938) sah die Chance für Russland, sich aus der Abhängigkeit vom Westen zu befreien, in der Annäherung an die Befreiungsbewegungen der Kolonialvölker. Vgl. Trubeckoj, Russkaja problema, in: Na putjach, S. 294–316.

²³ Obrašćenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 59.

²⁴ Stalin erklärte z. B. am 3. 7. 1924 den Vormachtsanspruch Russlands: „Die Sowjetmacht in Russland ist der Stützpunkt, das Bollwerk und die Zuflucht für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt.“ Zitiert bei Pleshakov/Zubok, Inside the Kremlin's Cold War, S. 13.

dieser Anspruch zunächst aus einem religiösen und kulturellen Überlegenheitsgefühl entwickelt, welches mit dem militärischen Erstarken des Reiches einherging. Daraus war ein ausgeprägtes russisches Nationalbewusstsein hervorgegangen. Auch die wichtigsten Strömungen russischer Identitätssuche stellten diese Vormacht Russlands trotz der Kritik am russischen Nationalismus nicht in Frage. So gingen die Mehrheit der russischen Panslawisten im 19. Jahrhundert wie auch der Eurasier der 1920er und 1930er Jahre von einer Hegemoniestellung Russlands und der Orthodoxie aus.²⁵ Fjodor Dostoevskij z. B. sah die Aufgabe der russischen Politik in der Vereinigung des ganzen Slawentums „unter den Fittichen Russlands“ mit dem Ziel, die slawischen Völker zu erneuern „und in das ihnen zustehende Verhältnis zu Europa und zur Menschheit zu bringen, ihnen endlich die Möglichkeit zu geben, friedlich zu leben und sich nach ihren unzähligen, jahrhundertelangen Leiden zu erholen, um sich im gemeinsamen Geist zu versammeln“.²⁶ Auch die Bolschewiki machten in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Die Überzeugung von einer besonderen zivilisatorischen Reife und von einer missionarischen Pflicht gegenüber „unzivilisierten Völkern“ fand nach der Revolution 1917 indirekt seine Fortsetzung.²⁷ „An die Stelle des orthodoxen Christentums, das in so starkem Masse den russischen Nationalcharakter geprägt hat [...], ist ein orthodoxer Kommunismus getreten, der seit der Oktoberrevolution als Staatsideologie verbindlich ist“²⁸, schrieb Meissner. Nur legitimiert wurde dieser Anspruch neu: „Auf unseren Fahnen bringen wir den unterdrückten Völkern der Welt die Befreiung.“²⁹ Dem Vormachtsanspruch lag nun die ideologische Fortschrittlichkeit der ersten sozialistischen Republik zugrunde. Um deren Fortbestehen zu sichern, wurden der russischen Politik deutlich nationale Interessen zugrunde gelegt. Die Sicherheit des kommunistischen Staates sollte durch territoriale Erweiterung, die Sicherung von Rohstoffressourcen, wie z. B. Öl aus Aserbaidschan,³⁰ und die Einbeziehung möglichst vieler und

²⁵ Luks, *Die Ideologie der Eurasier*, S. 394. Zum Panslawismus vgl. Michail Petrowitsch Pogodin, Professor für Geschichte an der Universität Moskau, formuliert das Programm des russischen Panslawismus, 1839, in: Alter (Hg.), *Nationalismus*, S. 229f.

²⁶ *Die russische Mission: Der Schriftsteller Fjodor M. Dostojewski, 1876*, in: Alter (Hg.), *Nationalismus*, S. 141. Dostoevskij vertrat eine missionarische Haltung und strebte neben der ideellen Haltung der Slavophilen auch an, das anvisierte slawische Großreich angesichts der orthodoxen Mission Russlands um Konstantinopel zu erweitern. „Freilich versteht es sich von selbst, daß zu diesem Zweck [Vereinigung des Slawentums unter russischer Herrschaft] Konstantinopel – früher oder später – doch unser werden muß.“ Vgl. Dostojewski, *Tagebuch eines Schriftstellers*, S. 228.

²⁷ Eine Parallele aus russischer Sicht findet sich bei Nikolaj Berdjajev: „Die Sehnsucht nach dem ‚Reich‘, dem Reich der Wahrheit, lebt in der Seele des russischen Volkes seine ganze Geschichte hindurch. Die Zugehörigkeit zum russischen Reich und das Bekenntnis zum wahren christlichen Glauben, zur Rechtgläubigkeit, waren ein- und dasselbe und ineinander bedingt. Nicht anders als in unserer Zeit die Zugehörigkeit zu Sowjetrußland, zum russischen kommunistischen Reich, durch das Bekenntnis zum wahren kommunistischen Glauben bedingt ist.“ Siehe Berdjajew, *Sinn und Schicksal*, S. 12.

²⁸ Meissner, *Triebkräfte und Faktoren*, S. 14. Dieser Gedanke findet sich schon in dem von Berdjajev 1937 veröffentlichten Beitrag, wo es heißt: „Die Sowjetphilosophie ist eine orthodoxe Staatsphilosophie, die über die Reinheit der philosophischen Anschauungen zu wachen und alle Abweichungen und Ketzereien zu entlarven und zu verurteilen die Pflicht hat.“ Berdjajew, *Sinn und Schicksal*, S. 156f., siehe auch ebenda, S. 11.

²⁹ *Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“*, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 59.

³⁰ „Braucht Sowjetrußland nicht das Bakuer Öl wie der Mensch Luft braucht? Können wir vielleicht von der Wiedererrichtung unserer Industrie sprechen, während das Donezbecken in einem ruinerten Zustand ist ohne das Bakuer Öl?“, so zu lesen in: „Explanation of Ordzhonikidze at the Meeting

großer Staaten in das kommunistische Lager erhalten werden. So nutzte Lenin zunächst das Versprechen der Anerkennung nationaler Bestrebungen, um die Völker des ehemaligen Russischen Reiches für die Bolschewiki einzunehmen und damit auch ihre Unterstützung im Kampf gegen die Weiße Armee zu sichern.³¹ Er erhoffte sich auf Dauer den freiwilligen Anschluss dieser Völker im Sinne einer sozialistischen Verschmelzung, und in der Tat erfolgte bald die Re-Integration vieler ehemals zaristischer Gebiete. Jedoch vertrauten die Bolschewiki letztlich weniger auf die propagierte Freiwilligkeit des Anschlusses, sondern verfolgten den Ansatz, die bisherigen Besitzungen im Kaukasus und Zentralasien ungeachtet der Unabhängigkeitsbestrebungen der dort lebenden Völker als festen Bestandteil der Sowjetunion zu sichern.³² Nach kurzer Unabhängigkeit wurden Aserbaidschan 1920 und Georgien 1921 militärisch erobert und zwangseingegliedert; die Khanate von Buchara und Chiva in Zentralasien wurden 1920 von der Roten Armee besetzt. Am 30. Dezember 1922 wurde die Gründung der UdSSR vollzogen.

Auch gegenüber dem Nahen Osten wurden nationale Interessen verfolgt. Die sowjetische Politik konzentrierte sich auf die direkten Nachbarstaaten, Persien und die Türkei, und suchte zum eigenen Schutz verbesserte Beziehungen zu diesen Staaten. Anfang 1921 wurden Freundschaftsverträge mit Persien, Afghanistan und der Türkei abgeschlossen. Die Verträge enthielten zwar Stellungnahmen, die die zaristische Politik als verbrecherisch verurteilten und sämtliche Ansprüche und Privilegien aufgaben; ein zusätzliches Abkommen mit Persien aber wies bereits ein Muster der Beziehungen der kommenden Epoche auf: Persien erreichte einen Schuldenerlass, musste der Sowjetunion jedoch ein militärisches Interventionsrecht im Falle äußerlicher Bedrohung einräumen.³³ Zuvor hatten die Bolschewiki 1917 versucht, die Präsenz russischer Truppen in Persien zu nutzen, um – parallel zum Versprechen eines sofortigen Truppenabzugs – die Etablierung einer sozialistischen Räterepublik von Gilān an der Küste des kaspischen Meeres im Nordiran zu fördern.

Ebenso deutlich zeigte sich die Zweigleisigkeit von ideologisch-revolutionärem Anspruch und nationalen Interessen an den Beziehungen zur Türkei. Ungeachtet der dortigen Unterdrückung und Verfolgung von Kommunisten schloss die Sowjetunion mit der Türkei einen Vertrag für Freundschaft und Zusammenarbeit ab und bemühte sich im Laufe der 1920er Jahre um eine stetige Verbesserung der Beziehungen, um sich gegen eventuel-

of the Tiflis Organization of the Communist Party of Georgia, December 1921“, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 57. Zur Bedeutung des aserbaidshanischen Öls für die UdSSR bzw. England vgl. auch: Manifest des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale zur internationalen Lage und zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien, gebilligt am 6. 8. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 136, 265; „Telegram of the Revolutionary War Council of the Eleventh Russian Soviet Army Concerning the Liberation of Baku, 28. 4. 1920“, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 53.

³¹ *Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g.*, in: *SSSR i Arabskie Strany*, S. 58.

³² Sie vertraten die Theorie der Eigenständigkeit der Völker und deren Befreiung, doch das Recht auf nationale Selbstbestimmung wurde deutlich als bürgerliche Kategorie gewertet und durfte nicht in Konflikt geraten mit den Klasseninteressen des Proletariats. Die nationale Identität sollte ein untergeordneter Wert sein, der innerhalb des sozialistischen Gebildes existierte. Darauf treffen wir später auch bei Chruščevs Kampf des Sozialismus mit dem Nationalismus. Vgl. Haumann, *Geschichte Russlands*, S. 515. Vgl. auch Čičerins Meinung, der sich auf Gorčakov beziehend weiter den Anspruch auf eine Einheit Russlands mit Asiens vertrat, in: Eudin/North (Hg.), *Soviet Russia and the East*, S. 3.

³³ Bräker, *Die sowjetische Politik gegenüber dem Islam*, S. 148.

le Angriffe abzusichern und um die eigenen Ölinteressen im Kaukasus zu verfolgen. Eine Entscheidung zugunsten der Realpolitik, die in Bezug auf Ägypten wiederkehren sollte.³⁴

Der an die Sowjetunion angrenzende Orient galt als integraler Bestandteil der sowjetischen Sicherheitspolitik. In den zwanziger und dreißiger Jahren wurde diese Politik noch einmal unterstrichen, indem die Freundschaftsverträge durch Neutralitätsverträge und Nichtangriffspakte erweitert wurden. In einem Interview mit dem britischen Korrespondenten M. S. Farbman betonte Lenin im Oktober 1922 Russlands Interesse am Nahen Osten folgendermaßen: „Unsere Nahostpolitik ist eine Frage der realsten, direktesten und vitalsten Interessen Russlands und der Interessen einer Reihe von verbündeten Staaten.“³⁵

2.1. Nationale Befreiungsbewegungen in der marxistisch-leninistischen Theorie

Gerade die Interpretation der Sowjetunion, dass sie als Mutterland der Revolution anderen Ländern zu sozialem und politischem Fortschritt verhelfen sollte, rückte aber auch die entfernteren Länder des Nahen Ostens verstärkt in den Fokus der sowjetischen Außenpolitik. Durch das ideologische Konstrukt einer sozialistischen Weltrevolution wurde eine starke internationale Verantwortlichkeit betont. Dementsprechend gab Lenin mit seiner Außenpolitik auch Linien für die Annäherung an Staaten vor, die nicht an die Sowjetrepublik bzw. die Sowjetunion grenzten.

Lenin verstand die Ideologie als neues einheitsstiftendes Instrument, um die verschiedenen Völker, Ethnien und Religionen zu einen, so dass sich die Grenzen der Nationen und Staaten auflösten. Die übergreifende Kategorie sollten dabei die Arbeiter der ganzen Welt, die proletarische Klasse bilden. Die von Karl Marx und Friedrich Engels übernommene Vorstellung der Weltrevolution war der Weg, auf dem auf der ganzen Welt die kommunistischen Arbeiterparteien die Macht übernehmen sollten. Um den Untergang der kapitalistischen Systeme zu beschleunigen, sollten die Differenzen der kapitalistischen Staaten untereinander ausgenutzt und verschärft und die imperialistischen Reiche geschwächt werden. Ziel war letztlich die „freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus“, die Schaffung eines einzigen Einheitsstaates auf der Welt, welcher zentralistisch von der Kommunistischen Partei in Moskau kontrolliert und geführt würde.³⁶

Das Phänomen des Nationalismus wurde allgemein von den Sozialdemokraten gemäß dem grundsätzlichen Ziel der Vereinigung des Proletariats aller Länder abgelehnt, der Umgang mit nationalen Ansprüchen gehörte aber zu den viel und kontrovers diskutierten Themen. Marx interpretierte den Nationalismus nicht zuletzt als Mittel der Kapitalisten, die proletarische Solidarität zu stören und zu verhindern.³⁷ Als Beispiel führte er die Gegensätze zwischen dem englischen und dem irischen Proletariat an, um zu verdeutlichen, dass das englische Proletariat durch diese Gegensätze die eigene Unterdrückung fördere

³⁴ Vgl. Mahr, Die Rolle Ägyptens, S.30f. Siehe ebenso die sowjetisch-türkischen Verträge und die Niederschriften der diplomatischen Treffen in: Degras (Hg.), Soviet Documents on Foreign Policy, 3 Bde., passim.

³⁵ V. I. Lenin, Interview Given to Michael Farbman, Observer and Manchester Guardian Correspondent, 27.10.1922, <http://www.marxists.org/archive/lenin/works/1922/oct/27.htm> (12.9.2009).

³⁶ Ideologische Konversion statt Annexion, vgl. z. B. Wheeler, Russia and the Middle East, S.127–136.

³⁷ Marx to Sigfrid Meyer and August Vogt in New York, 9.4.1870, in: Marx/Engels, Selected Correspondence, S.220–224, hier S.221f.

und sich selbst erniedrige.³⁸ Die deutsche Sozialistin Rosa Luxemburg formulierte die These radikaler. „[Es] bestehen für die gesamte vom Geiste Marx' und Lasalles durchdrungene internationale Sozialdemokratie [...] auf der ganzen heutigen Welt eigentlich ‚nur zwei Nationen‘ – die der Ausbeuter und die der Ausgebeuteten – und nur zwei Religionen – die Religion des Kapitals und das Evangelium der Befreiung der Arbeit.“³⁹ Die nationalen Zuordnungen sollten durch den Sozialismus, wie Marx es im Manifest formulierte, beseitigt werden: „In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andre aufgehoben.“⁴⁰ Mit der Beseitigung der Klassengegensätze in einer Nation würden auch die Feindseligkeiten zwischen Nationen verschwinden, so dass es keine „nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker“ mehr geben wird, sobald das Proletariat herrscht.⁴¹ Diese Völkervereinigung aber müsse auf freiwilliger Basis stattfinden, weshalb für Marx die Auflösung von Herrschaft und die nationale Unabhängigkeit als Ausgangsstadium unerlässlich war, da die Folge sonst die Unterdrückung von Völkern sei, was der Ausbeutung von Klassen gleichkäme. Marx und Engels äußerten sich in ihren Schriften nur über europäische Entwicklungen und bezogen Stellung zu Konflikten in Europa, besonders zur Frage nach dem Recht auf Nationsbildung der Iren. Als notwendige Entwicklungsstufe zur Freiwilligkeit sprach Marx den Iren das volle Recht auf Unabhängigkeit und Loslösung zu.⁴²

Die Ansichten von Marx und Engels hinsichtlich des Rechts auf Nationsbildung beinhalten allerdings für abhängige Völker eine wesentliche Einschränkung. Insbesondere Engels führte dies aus. Zwar konstatierte er hinsichtlich der zaristischen Polenpolitik, dass eine Nation nicht frei werden könne, wenn sie andere Völker unterdrücke; aber diese Aussage bezog er nur auf die Völker der größeren europäischen Nationen, nicht aber auf seiner Meinung nach „geschichtslose Volkstrümmer“, die in größeren Nationen aufgehen müssten, da sie selbst nicht existenzfähig seien.⁴³ Nationen wurden demnach sehr unterschiedliche Rechte zugesprochen, ein grundlegendes Recht auf Nationsbildung wurde abgelehnt.⁴⁴

Lenin akzeptierte in ideologischer Abgrenzung zum zaristischen Expansionismus die nationale Entwicklung anderer Völker als Entwicklungsweg zur Vollziehung der Unabhängigkeit. Dies verstand er als Fortführung der These von Marx und dessen Auffassung, dass zunächst die Unterdrückung durch andere Nationen aufgehoben werden müsste, um zu einem freiwilligen Zusammenschluss zu gelangen.⁴⁵ Grundsätzlich forderte Lenin das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker⁴⁶. „Der siegreiche Sozialismus muss die volle De-

³⁸ Ebenda.

³⁹ Luxemburg, Dyskusja, in: Młot, Nr. 14, Warschau, 5.11.1910, S.5–7, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 145.

⁴⁰ Marx, Manifest der Kommunistischen Partei, S. 479.

⁴¹ Ebenda, S. 479.

⁴² Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, S. 26.

⁴³ Engels, Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, S. 157ff. Engels Auffassung wurde auch von dem österreichischen Sozialisten Otto Bauer aufgegriffen. Er sprach den geschichtslosen Völkern im Gegensatz zu Engels aber das Recht auf kulturelle Autonomie innerhalb anderer Nationalitätenstaaten zu, da ihr Nationalismus eine Form der Emanzipation und damit des Klassenkampfes sei. Vgl. hierzu Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, S. 27f.

⁴⁴ Engels, Was hat die Arbeiterklasse mit Polen zu tun?, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 16, S. 157ff.

⁴⁵ Vgl. Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 445–448, 460.

⁴⁶ Bei Marx, Engels und Lenin werden die Begriffe Nation und Volk synonym angewandt. Auch ein Volk, das sich noch nicht als Nationalstaat konstituiert hatte, wurde als Nation bezeichnet. Vgl. Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, S. 28.

mokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, d. h. auch das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen.⁴⁷ Lenin nahm in diesem Kontext in seinen Schriften Bezug auf die Befreiungsbewegungen in den Kolonien Asiens und Afrikas.⁴⁸ Er bezeichnete die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht als Aufgabe der sozialistischen Außenpolitik und des Proletariats der Kolonialmächte. Mit Stalin erkannte Lenin in den Unabhängigkeitsbestrebungen der asiatischen und afrikanischen Staaten ein großes Potential gegen die Etablierung des Kapitalismus, welches von der Sowjetunion genutzt werden müsse. Auch die arabischen Staaten erwähnend, betonte er die Rolle der Kolonien in Asien, Afrika und im Nahen Osten für die Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution:

„Ich möchte hier auch die Bedeutung der Bewegung in den Kolonien betonen. [...] Millionen und Hunderte Millionen – faktisch die übergroße Mehrheit der Bevölkerung unseres Erdballs – treten jetzt als selbständige aktive revolutionäre Faktoren auf. Und es ist absolut klar, dass in den kommenden entscheidenden Schlachten der Weltrevolution die ursprünglich auf die nationale Befreiung gerichtete Bewegung der Mehrheit der Bevölkerung des Erdballs sich gegen den Kapitalismus und Imperialismus kehren und vielleicht eine viel größere revolutionäre Rolle spielen wird, als wir erwarten. [...] und die Massen der Werktätigen, die Bauern der Kolonialländer, werden, obwohl sie jetzt noch rückständig sind, in den folgenden Phasen der Weltrevolution eine sehr große revolutionäre Rolle spielen.“⁴⁹

Dabei sah Lenin insbesondere in der großen Bevölkerung der Länder Asiens und Afrikas das entscheidende Kriterium. Die Mehrheit der Bevölkerung werde letztlich den Sieg des Sozialismus und seine weltweite Verbreitung gewährleisten. Insofern spiele die Menge der Kolonialstaaten, aber vor allem der Bevölkerungsreichtum einiger dieser Länder eine so bedeutende Rolle.⁵⁰ In diesem Sinne wird deutlich, warum gerade Indien und Ägypten im Fokus der sowjetischen Politik standen. War Indien neben China der bevölkerungsreichste Staat, so war Ägypten nicht nur der größte, bevölkerungsreichste Staat im arabischen Nahen Osten, sondern auch noch der einflussreichste in der ganzen Region.

Mit dem Verständnis, dass der Imperialismus das „höchste Stadium des Kapitalismus“⁵¹ bilde, fokussierte der von den Bolschewiki propagierte Antimperialismus den empfindlichsten Teil der kapitalistischen Welt, die Kolonien. Sie sollten, wie Lenin 1916 schrieb, Teil des Kampfes gegen die kapitalistische Welt sein: „Die soziale Revolution kann nicht anders vor sich gehen als in Gestalt einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in den fortgeschrittenen Ländern mit einer ganzen Reihe de-

⁴⁷ Lenin, Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 144.

⁴⁸ Im Mittelpunkt der außenpolitischen Konzeption Lenins stand der Westen des Reiches, Osteuropa. Vorrangiges Ziel war es, die Revolution über Osteuropa nach Deutschland zu tragen. Lenin spekulierte, dass nach einer erfolgreichen Revolution in Deutschland auch die anderen Staaten Europas fallen würden. Er konzentrierte sich wie Marx und Engels in erster Linie auf die Staaten Europas, in der Hoffnung, so dem Kapitalismus den Todesstoß zu versetzen. Erst als die Aussichten für die Revolution in Europa schwanden, erfolgte eine Neuorientierung der Außenpolitik Lenins.

⁴⁹ Lenin, Referat über die Taktik der KPR, 5. 7. 1921 (3. Kongreß der Kommunistischen Internationale), S. 504f.

⁵⁰ Lenin schrieb hierzu: „Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so dass es in diesem Sinne nicht die Spur eines Zweifels darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Wahlkampfes ausfallen wird.“ Lenin, Lieber weniger aber besser, März 1923, zitiert bei Fetscher (Hg.), Der Marxismus, S. 234f.

⁵¹ Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, S. 189–309.

mokratischer und revolutionärer Bewegungen verbunden ist, darunter auch mit nationalen Befreiungsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.⁵²

Lenin lehnte zwar den Nationalismus der Völker als solchen ebenfalls als kapitalistisches und bürgerliches Phänomen ab; die Arbeiterinteressen seien übernational und dürften nicht gespalten werden.⁵³ Doch sollte das Ziel die Befreiung der unterdrückten Nationen sein, um dann ihre anschließende Annäherung und Verschmelzung mit den sozialistischen Staaten zu erreichen, wobei sich die Sowjetunion selbst als Beispiel für den freiwilligen Zusammenschluss der Arbeiter aller auf sowjetischem Territorium vertretenen Nationen präsentierte.⁵⁴ Gerade hierin aber zeigte sich ein entscheidender Interessenkonflikt, der bereits in den theoretischen Überlegungen Lenins erkennbar angelegt war: „Der Marxist [...] erkennt die geschichtliche Berechtigung nationaler Bewegungen durchaus an. Damit aber diese Anerkennung nicht zu einer Apologie des Nationalismus werde, muß sie sich strengstens nur auf das beschränken, was an diesen Bewegungen fortschrittlich ist.“⁵⁵ Weiter ging Lenin auf die divergierenden Interessen ein:

*„Insofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, insofern sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen dafür, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation ihren bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.“*⁵⁶

Lenin wollte Russland „direkt zum Vertreter der gesamten Masse der unterdrückten Bevölkerung der Erde“⁵⁷ machen, um sie nicht zuletzt mit Hilfe des Versprechens auf Selbstbestimmung von der kapitalistischen Welt loszulösen, sie dann aber im Sozialismus zu vereinen. Somit wird deutlich, dass Lenin dieses Recht nur auf nationale Kriege in den Kolonien bezog, nicht aber z.B. auf Völker in der Sowjetunion, deren Loslösung nicht im Interesse des sozialistischen Staates war. Dementsprechend rechtfertigte er auch gleichzeitig Gewalt oder die Einverleibung von Gebieten und Völkern, wenn dies dem Fortschritt dienlich war.⁵⁸ Das Recht auf Selbstbestimmung würden die Bolschewiki gewähren, jedoch nicht „weil wir die Lostrennung ‚empfehlen‘ wollen, sondern, im Gegenteil, weil wir die demokratische Annäherung und Verschmelzung der Nationen erleichtern und beschleunigen wollen. Wir werden alle Anstrengungen machen, um eine Annäherung an die Mongolen, Perser, Inder und Ägypter und eine Verschmelzung mit ihnen zu erreichen, wir sind der Meinung, daß es unsere Pflicht ist und daß es in *unserem Interesse* liegt, dies zu tun, weil andernfalls der Sozialismus in Europa *nicht gesichert* sein wird. [...] Die auf einem viel niedrigeren Kulturniveau stehenden Fellachen, Mongolen, Perser werden sich möglicherweise auf längere Zeit trennen, aber wir werden bestrebt sein, diese Zeit, wie bereits gesagt,

⁵² Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, S. 53.

⁵³ Vgl. ders., Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 121f.

⁵⁴ Vgl. ders., Entwurf der Thesen zur nationalen und zur kolonialen Frage, S. 134f.

⁵⁵ Ders., Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, S. 19.

⁵⁶ Ders., Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, S. 414f. (Hervorhebung im Original).

⁵⁷ Vgl. ders., Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448f.; vgl. auch: Ders., Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, Juli 1920, S. 196.

⁵⁸ Vgl. ders., Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz, S. 178.

durch uneigennützig Kulturhilfe abzukürzen.“⁵⁹ „[...] d.h. ihnen beim Übergang zur Benutzung von Maschinen zwecks Erleichterung der Arbeit, zur Demokratie und zum Sozialismus behilflich zu sein.“⁶⁰ Für die abhängigen und schwachen Nationen, so propagierte Lenin, sei die Vereinigung mit der Sowjetunion der einzige Weg zur Erlösung.⁶¹

In den Jahren nach der sozialistischen Revolution steigerte Lenin seine Aufmerksamkeit für den nationalen Unabhängigkeitskampf in den Kolonien.⁶² Seit 1919 beobachtete er insbesondere auch den ägyptischen Unabhängigkeitskampf, der sich nach dem Ersten Weltkrieg bemerkbar zu machen begann. Explizit äußerte er sich auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale (Komintern) im März 1919 über die Dringlichkeit der Unabhängigkeit für Ägypten und Indien.⁶³ Auf dem zweiten Kongress der Komintern im Juli 1920 forderte Lenin die Zusammenarbeit mit den kolonialen Völkern und den „bürgerlich-demokratischen“ bzw. „national-revolutionären“ Befreiungsbewegungen und rief die kommunistischen Parteien dazu auf, diese Bewegungen aktiv zu unterstützen.⁶⁴ Dabei wurde auch der Anstoß zur Planung eines gesonderten Kongresses der Völker des Orients gegeben, der noch im September des gleichen Jahres unter der Leitung des Kominternvorsitzenden Grigorij E. Zinov'ev in Baku stattfand und der für den Kampf gegen den englischen Imperialismus mobilisieren sollte.⁶⁵ Der Aufruf zum Kongress richtete sich vor allem an die „versklavte(n) Volksmassen Persiens, Armeniens und der Türkei“⁶⁶. Diese drei Anrainer-Völker waren besonders wichtig für den russischen Einfluss und die Bolschewiki nutzten die Differenzen zwischen ihnen, wie z.B. die türkisch-armenischen⁶⁷, für die eigene antiimperiale Argumentation:

„Bauern und Arbeiter Armeniens! Viele Jahre seid ihr die Opfer ausländischen Kapitals gewesen, das ausführlich über die Massaker der Kurden an den Armeniern geredet hat, Euch angestiftet hat, gegen den Sultan zu kämpfen, und kontinuierlich neue Vorteile aus Eurem Kampf gegen ihn gezogen hat. [...] so lange diese Missstimmung zwischen Euch anhält, werden die ausländischen Kapitalisten davon profitieren, indem sie die Türkei mit der Drohung eines armenischen Aufstands erschrecken und den Armeniern mit der Drohung eines Pogroms durch die Kurden Angst einjagen.“⁶⁸

⁵⁹ Ders., Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, S. 61f. (Hervorhebung im Original).

⁶⁰ Ebenda, S. 61.

⁶¹ Lenin, Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage, S. 134, 138.

⁶² Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt am arabischen Beispiel, S. 25, 27f..

⁶³ Haikal schreibt, Lenin habe als Dank ein Telegramm von Muhammad Farid, dem Nachfolger des Anführers der nationalistischen Partei Ägyptens, Muṣṭafā Kāmil, aus dem Exil erhalten. Vgl. Heikal, Sphinx und Kommissar, S. 41.

⁶⁴ Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 28. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 172, 174; zur Begriffsunterscheidung siehe Bericht der Kommission für die nationale und die koloniale Frage, gegeben von W. I. Lenin auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 26. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 165f.; Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448.

⁶⁵ Vgl. dazu im Detail die Kongress-Dokumente in: Riddell (Hg.), To See the Dawn, passim.

⁶⁶ Baku Congress of the Peoples of the East, Summons to the Congress, July 20, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch01.htm> (5. 8. 2007).

⁶⁷ In den Jahren 1915–1917 waren die im Osmanischen Reich lebenden Armenier Opfer von Vertreibung und Massakern geworden. Die Opferzahlen lagen nach Schätzungen sehr hoch, nämlich bei mehr als einer Million Toten.

⁶⁸ Baku Congress of the Peoples of the East, Summons to the Congress, July 20, 1920, <http://marxists.architexturez.net/history/international/comintern/baku/ch01.htm> (5. 8. 2007).

Die meisten der fast zweitausend Teilnehmer kamen aus dem Kaukasus, der Türkei, Turkestan und Persien. Drei arabische Delegierte aus Palästina und anderen Ländern nahmen teil.⁶⁹ Dass die Resonanz hier so gering war, lag nicht zuletzt in der Schwäche der kommunistischen Parteien in den arabischen Ländern begründet. Erst Anfang der 1920er Jahre bildeten sich kommunistische Parteien im Nahen Osten, welche sich zunächst jedoch in erster Linie aus Minderheiten und Intellektuellen zusammensetzten. Dennoch wurde stets gerade der Unabhängigkeitskampf in Ägypten neben dem indischen als bedeutend hervorgehoben. In seiner Rede zur internationalen Situation wies auch Karl Radek⁷⁰ auf dem Kongress auf Ägypten als herausragendes Beispiel für den Kampf gegen den englischen Imperialismus hin: „Direkt unter der Nase des britischen Imperialismus, in Irland, in Ägypten und in Indien, sehen wir eine wachsende Bewegung revolutionärer Kämpfe der Völker, die Großbritannien versklavt hat. [...] In Ägypten sind es nicht nur professionelle und intellektuelle Arbeiter, nicht nur Studenten, nicht nur Beamte, die auf die Straßen gehen. Die Demonstrationen haben zu Streiks der Fellahin geführt, die die Briten während des Krieges als Lasttiere nutzten, und von Eisenbahnarbeitern und Telegrafnarbeitern.“⁷¹

2.2. Nationalismus und nationale Befreiungsbewegungen bei Stalin

Stalin maß der nationalen Frage schon früh große Bedeutung zu. Schon im Winter 1912/1913 beschäftigte er sich mit dem Phänomen des Nationalismus. Er definierte eine Nation als „eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“.⁷² Grundsätzlich rangierten wie bei allen Marxisten auch bei Stalin die nationalen Interessen hinter den Klasseninteressen. Ziel war auf Dauer die Überwindung dieser nationalen Zuordnungen durch die Vereinigung der Proletarier. Es gehöre zur Pflicht der Sozialdemokraten, so stellte Stalin fest, gegen diesen Nationalismus anzukämpfen und „die Masse vor der allgemeinen ‚Seuche‘ zu bewahren. Denn die Sozialdemokratie, und nur sie allein, war dazu imstande, da sie dem Nationalismus die bewährte Waffe des Internationalismus, die Einheit und Unteilbarkeit des Klassenkampfes entgegenstellte“⁷³, so dass im verwirklichten Sozialismus der Nationalismus keine Rolle mehr spiele.

Dennoch unterschied Stalin zwischen bürgerlichem Nationalismus und dem Nationalismus unterdrückter Völker. In seiner 1913 aus diesen Überlegungen hervorgegangenen frühen Schrift „Marxismus und Nationale Frage“⁷⁴ räumte Stalin Letzteren volles Recht

⁶⁹ Baku Congress of the Peoples of the East, Seventh Session, September 7, 1920, <http://marxists.architecture.net/history/international/comintern/baku/ch07.htm> (5.8.2007); Konkreteres scheint über die drei arabischen Teilnehmer nicht bekannt zu sein. Bashear gibt aus einer britischen Quelle den Namen Muhammad Sadiq an. Vgl. Bashear, *Communism in the Arab East*, S. 16.

⁷⁰ Karl Radek (1885–1939) war ebenfalls Mitarbeiter der Komintern und gehörte zum engen Kreis um Lenin. Insbesondere war Radek Kontaktperson zu den deutschen Kommunisten.

⁷¹ Rede Karl Radeks auf der zweiten Sitzung des Kongresses der Völker des Orients, 2.9.1920, in: Riddell (Hg.), *To See the Dawn*, S. 90.

⁷² Stalin, *Marxismus und Nationale Frage*, S. 165.

⁷³ Ebenda, S. 162.

⁷⁴ Ebenda, S. 162–196. Erstmals erschien der Artikel unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“ in der Zeitschrift „Prosvěšenie“ [Aufklärung] Nr. 3–5, März bis Mai 1913, unterschrieben mit K. [Koba] Stalin, dann als Broschüre unter dem Titel „Die nationale Frage und Marxismus“.

auf Selbstbestimmung ein. Nationale Unterdrückung müsse bekämpft werden: „Die Nation ist souverän, und alle Nationen sind gleichberechtigt.“⁷⁵ Allerdings schränkte Stalin diese Aussage sofort ein, indem er gegen dieses Recht die Pflichten der Sozialdemokraten stellte. Diese sollten zwar jegliche Unterdrückung verhindern, doch nur so lange, wie dies mit den Interessen des Proletariats vereinbar war. Hierin war die Möglichkeit des Kampfes gegen Nationen bereits angelegt, denn zum Schutz der Werktätigen hatte die Sozialdemokratie gegen „schädliche Institutionen“ und „unzweckmäßige Forderungen“ der Nation zu kämpfen.⁷⁶ So zeigte sich, dass das in der Theorie gewährte Recht auf Selbstbestimmung in der Praxis schnell begrenzt sein würde. Stalin machte dies am Beispiel des Kaukasus deutlich. Nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen zunächst vor allem im russischen Machtbereich kam er argumentativ zuvor: Die Kulturen im Kaukasus seien zu unterentwickelt, als dass ihre Unabhängigkeit gerechtfertigt sei. „Die nationale Frage im Kaukasus kann nur im Geiste der Einbeziehung der zu spät gekommenen Nationen und Völkern in den allgemeinen Strom der höheren Kultur gelöst werden. Nur eine solche Lösung kann fortschrittlich und für die Sozialdemokratie annehmbar sein.“⁷⁷ Übergangsweise wäre die Einführung einer Gebietsautonomie eine Lösung. Auch am Beispiel der Religionen ist Stalins Haltung explizit abzuleiten: Trotz des Rechts der Nationen auf Religionsfreiheit sei es Pflicht der Sozialdemokraten, gleichzeitig gegen Religionen zu agitieren, „um der sozialistischen Weltanschauung zum Triumph zu verhelfen“.⁷⁸ Im Grundsatz blieb Stalin der sozialistischen Haltung treu, dass Nationalismus allgemein schädlich sei. Hierzu zählte er explizit auch die Bewegungen des Zionismus und des Panislamismus.⁷⁹ Allerdings differenzierte er und versuchte den Fokus der Sozialisten auf die außereuropäischen Länder zu erweitern. Auch Lenin hatte in seiner Reaktion auf den Boxer-Aufstand in China 1900 bereits die Bedeutung des asiatischen Befreiungskampfes hervorgehoben, befasste sich aber erst ab 1916 ausführlicher mit den theoretischen Überlegungen.

Die nationalen Bewegungen verstand Stalin zunächst als wesentlichen Teil des Kampfes gegen die Kolonialmächte und führte nach Lenins Tod dessen Politik in Bezug auf den Osten fort. Doch die durch die nationalen Aufstände im Kaukasus (1920 Gāncā, 1924 Tiflis) und Zentralasien (Basmači-Bewegung⁸⁰) in Frage gestellte sowjetische Hegemonie blieb Priorität, und Stalin richtete schon bald seine ganze Aufmerksamkeit auf die innenpolitischen Probleme, wie die Sicherung der territorialen Integrität gegen Aufständische.⁸¹ Dabei vertrat er eine zunehmende Zentralisierung, die die nationalen Ideen der Völker zunichtemachte.⁸²

Außenpolitisch wirkte sich diese Neuausrichtung nicht nur auf die direkte sowjetische Politik gegenüber den Nationalbewegungen aus, sondern wurde auch in den Direktiven an die kommunistischen Parteien in den kolonialisierten Staaten umgesetzt.⁸³ Hatte im Februar 1927 der Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus in Brüssel

⁷⁵ Stalin, *Marxismus und Nationale Frage*, S. 171.

⁷⁶ Ebenda, S. 191.

⁷⁷ Ebenda, S. 189.

⁷⁸ Ebenda, S. 191.

⁷⁹ Ebenda, S. 162.

⁸⁰ Castagné, *Les Basmachis*, S. 174–178.

⁸¹ Rubinstein, *Moscow's Third World Strategy*, S. 17.

⁸² Vgl. Conquest, *Stalin: Breaker of Nations*.

⁸³ Das bolschewistische Russland hatte seit 1919 eine Trennung zwischen dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und der Kommunistischen Internationale.

noch mit sowjetischer Unterstützung stattgefunden, so zeigte sich ab 1928 Stalins Skepsis gegenüber den revolutionären Befreiungsbewegungen in arabischen und anderen Staaten.⁸⁴ Nicht zuletzt hatten die Erfahrungen in China dazu beigetragen, dass Stalins Misstrauen gegenüber „bürgerlich“ dominierten nationalen Bewegungen wuchs. Die zunächst von Moskau geförderte Kooperation der chinesischen Kommunisten mit der nationalen Bewegung der Kuomintang in den Jahren 1923 bis 1927 hatte sich zu einer direkten Konfrontation gewandelt, der viele Kommunisten zum Opfer fielen.

Stalin marginalisierte nun die Bedeutung der kolonialisierten Völker für die sozialistische Revolution durch seine Forderung eines rein kommunistischen Kampfes, was die Kooperation mit nationalen Bewegungen untersagte. Er forderte von den Kommunisten eine konsequentere Haltung in Bezug auf den Unabhängigkeitskampf in ihren Ländern. Auf dem sechsten Kongress der Komintern im Sommer 1928 rief er zu einer stärkeren Anbindung an das sowjetische Mutterland auf und verurteilte die bürgerlich nationalen Befreiungsbewegungen und die Sozialdemokraten als Agenten der Imperialisten. Dies war eine Aufforderung an alle Kommunisten, Bündnisse mit nationalen Parteien, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder eintraten, aufzugeben und sich ganz auf eine eigene Basis, mit Verbindung zur Sowjetunion, zu stützen.⁸⁵ Die ohnehin noch unbedeutenden kommunistischen Parteien wurden so erheblich geschwächt,⁸⁶ aber Stalin maß dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen aufgrund der Rückständigkeit der reaktionären Regime und abhängigen Kolonien geringen Wert bei. Noch 1934 unterstrich Stalin die Aussage, dass nur „Stärke und Autorität“ der revolutionären Partei des Proletariats über den Ausgang von revolutionären Situationen entscheiden könnten. „Der Sieg der Revolution kommt nie von selbst. Man muss ihn vorbereiten und erkämpfen. Ihn vorbereiten und erkämpfen kann aber nur eine starke proletarische revolutionäre Partei.“⁸⁷

Stattdessen legte er das Gewicht auf die schon von Lenin hervorgehobenen Differenzen und die gegenseitige Schwächung der kapitalistischen Staaten. Die Wirtschaftskrise hätte zur „Verschärfung der politischen Lage der kapitalistischen Länder sowohl innerhalb der einzelnen Länder als auch in deren gegenseitigen Beziehungen“⁸⁸ geführt. Ein anstehender Krieg zwischen den imperialistischen Staaten würde die Entwicklung neuer sozialer Revolutionen weiter beschleunigen. 1938 ergänzte Stalin diese Analyse, indem er hervorhob, dass dieser neue imperialistische Krieg ein neues Stadium des Kampfes um Absatzmärkte und Rohstoffe, ja um „die Neuaufteilung der Welt, der Einflussphären, der Kolonien durch Kriegshandlungen“ sei.⁸⁹

Es erfolgte aber eine erneute Wende in der Politik Stalins. Aufgrund der äußeren Bedrohung an zwei Fronten, von Deutschland und Japan, und dem daraus resultierenden Wunsch nach einem guten Verhältnis zu den Westmächten, wurde die Strategie des Klas-

⁸⁴ Rothermund, Indien und die Sowjetunion, S. 3.

⁸⁵ Campbell, *The Soviet Union and the Middle East*, Teil 1, S. 146; Rubinstein, *Soviet Foreign Policy*, S. 166.

⁸⁶ Vassiliev, *Russian Policy in the Middle East*, S. 150.

⁸⁷ Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1934, S. 171.

⁸⁸ Ebenda, S. 168.

⁸⁹ Stalin, Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag: Über die Arbeit des ZK der KPdSU (b) 1939, S. 99. Zur Fehleinschätzung der internationalen Lage durch Stalin siehe Zubok, *A Failed Empire*, S. 20. Stalin erwartete einen Krieg zwischen den kapitalistischen Staaten, was seiner Ansicht nach zu Kompromissen gegenüber der UdSSR führen würde.

senkampfes Mitte der 1930er Jahre wieder aufgegeben und die Zusammenarbeit im Sinne einer Allianz gegen Hitler vertreten. Auf dem siebten Kominternkongress 1935 wurden die kommunistischen Parteien dazu angehalten, breite Volksfrontbewegungen mit revolutionären Unabhängigkeitsbewegungen zu bilden. Die revolutionären Bewegungen in anderen Ländern zeigten sich in ihrer Funktion endgültig nur als Instrument der sowjetischen Interessen. Die Kommunisten in Afrika, Asien und im Nahen Osten wurden durch diese widersprüchlichen Direktiven in starke Erklärungsnöte gebracht.⁹⁰

Die ideologische Ausrichtung gab ein Erklärungsmuster vor, welches nach innen das Zusammenhalten der vielen Völker untermauerte und nach außen die russische Interessenpolitik und Einflussnahme rechtfertigte. Nach Berdjaev ergab sich für den russischen Kommunismus ein doppelter Charakter. „Einerseits ist er eine internationale Erscheinung, andererseits aber ein rein russisches nationales Phänomen.“⁹¹ Die Vorgehensweise wurde den jeweiligen Situationen angepasst. Ausschlaggebend blieben letztlich die Sicherheitspolitik und der ideologisch hergeleitete Vormachtsanspruch. Kurzfristige Ziele wurden dabei durchaus auch gegen ideologische Rahmenbedingungen durchgesetzt.

3. Nationale Bestrebungen in der Sowjetunion

3.1. Rezeption der jüdischen nationalen Bestrebungen

Während den nationalen Bewegungen in Asien und Afrika ihre Legitimation zumindestens als Stadium auf dem Weg zum Sozialismus zugesprochen wurde, wurde der Anspruch der zionistischen Bewegung von Marx, Lenin und Stalin negativ rezipiert. Lenin und Stalin vertraten wie auch andere Marxisten, wie z. B. Karl Kautsky⁹², die Ansicht, dass es sich bei Juden nicht um eine Nation handele. Hauptkriterium für diese Feststellung war der Umstand, dass sie nicht über ein gemeinsames Territorium verfügten, aber auch, dass sie verschiedene Sprachen sprachen und die Juden kulturell eher an die Umgebung, in der sie lebten, gebunden waren als an eine gemeinsame jüdische Kultur. Die These einer jüdischen Nation sei, so Lenin, eine „in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee“.⁹³ Eine Nation ohne Territorium, resümierte er bezugnehmend auf die Definition Kautskys, sei undenkbar. Zu dem gleichen Schluss kam auch Stalin in seiner Schrift „Marxismus und Nationale Frage“: „Was für eine jüdische Nation ist das beispielsweise, die aus georgischen, daghestanischen, russischen, amerikanischen und anderen Juden besteht, deren Mitglieder einander nicht verstehen (verschiedene Sprachen sprechen), in verschiedenen Teilen des Erdballs leben“.⁹⁴ Dadurch bedingt könne von einem Nationalcharakter nicht gesprochen werden, höchstens von „gewissen Überresten eines Nationalcharakters“.⁹⁵

Wurde die Bewegung des Zionismus generell als Form des Nationalismus abgelehnt, so kam dem Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund in der Diskussion um die Nationenfrage

⁹⁰ Siehe hierzu Kapitel II.2.2.

⁹¹ Berdiajew, Sinn und Schicksal, S. 9.

⁹² Karl Kautsky (1854–1938) war ein österreichischer marxistischer Theoretiker und Publizist.

⁹³ Am 22. 10. 1903 in Iskra, Nr. 51, veröffentlicht. Vgl. Lenin, Die Stellung des „Bund“ in der Partei, S. 89.

⁹⁴ Stalin, Marxismus und Nationale Frage, S. 166f.

⁹⁵ Ebenda, S. 166.

gesonderte Aufmerksamkeit zu. Die Auseinandersetzung mit dem Bund musste umso intensiver sein, da er als Organisation Alleinvertretungsanspruch für die jüdischen Arbeiter in Russland erhob. In vielem stand die Organisation den Bolschewiki sehr nahe, doch der nationalen Identität kam größere Bedeutung zu. Der Bund war der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP) 1898 auf dem ersten Parteikongress als autonome Organisation beigetreten, mit unabhängiger Befugnis bezüglich der Fragen, die das jüdische Proletariat betrafen. Er forderte allerdings eine zunehmende Selbständigkeit im Sinne einer föderativen Gestaltung der Partei. 1903 sprach er sich auf dem zweiten Kongress der RSDAP für die Teilung des Proletariats nach Nationalitäten aus. Er beanspruchte für sich, die einzige Repräsentation der jüdischen Arbeiter in Russland zu sein, und damit einen besonderen Platz innerhalb der Partei einzunehmen. Diese Forderung wurde bereits auf dem zweiten Kongress zurückgewiesen, was den Austritt des Bund aus der Partei zur Folge hatte. Zwar trat er zeitweise der RSDAP wieder bei, aber die zunehmende Differenz zwischen Menschewiki und Bolschewiki führte zum Ausschluss des Bund aus der Partei und auch zu seiner inneren Spaltung. 1921 trat der linke Flügel der Kommunistischen Partei Russlands (RKP) bei.

Schon 1903 veröffentlichte Lenin in der Zeitung „Iskra“ einen Artikel mit der Überschrift „Die Stellung des ‚Bund‘ in der Partei“. Er lehnte hier den nationalen Anspruch des Bund mit der gleichen Argumentation wie den Zionismus ab. „Die Idee der jüdischen ‚Nationalität‘ trägt offen reaktionären Charakter“⁹⁶; dies betreffe sowohl die Ideen der Zionisten als auch der Bundisten, die versuchten, dies mit der Sozialdemokratie in Einklang zu bringen. Die Idee „eines besonderen jüdischen Volkes“⁹⁷ würde die jüdischen Proletarier gegen ihren Willen absondern und eine Verschmelzung verhindern. Ziel dagegen sei die allgemeine Assimilierung der Juden wie aller Nationen Russlands, die „Annäherung, Vereinigung, Verschmelzung des gesamten gegen die zaristische Selbstherrschaft kämpfenden Proletariats“.⁹⁸ Lenin forderte den Bund auf, die Absonderung aufzugeben und sich von der zionistischen Idee einer jüdischen Nation abzuwenden. „Nur ein entschiedenes und offenes Eingeständnis dieses Fehlers und die Proklamierung einer *Wendung zur Verschmelzung* könnten den ‚Bund‘ von dem Irrweg abbringen, auf den er sich begeben hat.“⁹⁹ Mit ähnlicher Argumentation lehnten auch andere Marxisten den Bund ab. Rosa Luxemburg z.B. wandte sich aus reinem Internationalismus allgemein gegen national-kulturelle Autonomie.

Stalin führte die Kritik am Bund fort. Ebenso wie Lenin warf Stalin dem Bund vor, gegen Klasseninteressen zu agieren und die Vereinigung der Proletarier zu verhindern. Gerade die Forderung des Bund nach nationaler Autonomie ohne territoriale Zugehörigkeit verstand Stalin als rückständigen Nationalismus. National-kulturelle Autonomie wurde als reaktionär eingestuft, da sie die Unterschiede betone, statt zur Vereinigung und zur Verschmelzung beizutragen. Schon die Geschichte des Bund zeige, kritisierte Stalin, dass er der Einheit der Sozialdemokratie entgegenwirke und zugunsten der jüdischen Rechte den gemeinsamen Kampf der Arbeiter aufs Spiel setze. Er habe die Interessen der jüdischen Kultur in den Vordergrund gerückt und damit weitere negative Beispiele nach sich gezogen, etwa im Kaukasus.¹⁰⁰

⁹⁶ Lenin, Die Stellung des „Bund“ in der Partei, S.91.

⁹⁷ Ebenda, S.90f.

⁹⁸ Ebenda, S.92f.

⁹⁹ Ebenda, S.93.

¹⁰⁰ Stalin, Marxismus und Nationale Frage, S. 162, 187.

Während aber Lenins Ablehnung des jüdischen Nationalismus im Kontext seiner grundsätzlichen Negierung nationaler Ansprüche zu sehen ist, so wandte er sich ebenso deutlich gegen jede Form des Antisemitismus. Für ihn galt die Unterdrückung der Nationalitäten als Trennung der Nationen. Das Gegenteil aber wurde angestrebt: „Der Arbeiterklasse tut aber *nicht die Trennung, sondern die Einigkeit* not.“¹⁰¹ Angriffe auf Juden verurteilte Lenin als Überbleibsel des Feudalismus und der Unwissenheit. Es handele sich dabei um den Hass gegen Kapitalisten, der sich fälschlicherweise an Juden abladen würde. Stattdessen sei aber die Vereinigung mit den jüdischen Proletariern gegen die Kapitalisten anzustreben.¹⁰² Ebenso war der Antisemitismus von Engels und Luxemburg als Instrument reaktionärer Zwecke abgelehnt worden: Die „Judenfrage“ werde genutzt, um von politischen Konflikten und sozialen Problemen abzulenken.¹⁰³

Die Bolschewiki distanzieren sich diesbezüglich von der zaristischen Politik. Die russischen Juden waren im Zarenreich mit Isolation und Diskriminierung konfrontiert worden, und diese Erfahrungen gipfelten 1881/1882 in einer Welle antisemitischer Pogrome, die durch die Ermordung Zar Alexanders II. ausgelöst worden waren.¹⁰⁴ In den Jahren bis zur ersten Revolution 1905 kam es weiter zu brutalen antijüdischen Ausschreitungen.¹⁰⁵ Nach der Revolution verbesserte sich die Lage deutlich. Schon die aus der Februarrevolution 1917 hervorgegangene Interimsregierung sprach den russischen Juden alle Rechte zu, und auch die Bolschewiki legten in ihrer Erklärung zu den Rechten der Völker im November 1917 fest, dass alle Völker gleiche Rechte und das Recht auf freie Entfaltung hätten. Antisemitismus wurde offiziell verurteilt und infolgedessen konnte sich die jüdische Kultur tatsächlich wieder stärker entfalten. Viele Juden hatten sich selbst an der Revolution beteiligt und fanden sich auch in den Reihen der Bolschewiki wieder.

Im Herbst 1918 wurde unter Lenin die Evsekcija als eigene Sektion der RKP (b) gebildet, mit Unterabteilungen in den regionalen Agitpropkommissariaten. Sie stellte die Vertretung der jüdischen Kommunisten auf der lokalen Ebene dar. Das bereits am 1. Februar 1918 gegründete vorläufige jüdische Volkskommissariat (Evkom)¹⁰⁶ hatte zur Bildung jüdischer Vertretungen in den Sowjets aufgerufen. Das Evkom selbst allerdings verlor bis Anfang 1919 seine Eigenständigkeit. Seine einzelnen Aufgabenbereiche wurden den Abteilungen des Volkskommissariats für die Angelegenheiten der Nationalitäten (Narkomnac)¹⁰⁷

¹⁰¹ Veröffentlicht am 16. 04. 1914 in Put' Pravdy, Nr. 62. Vgl. Lenin, Die nationale Gleichberechtigung, S. 235 (Hervorhebung im Original).

¹⁰² Lenin, Über die Pogromhetze gegen die Juden, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 169f. Dieser Text, den Lenin auf eine Schallplatte gesprochen hatte, sei – so habe Adam Schaff festgestellt – seit Stalin aus dem Handel verschwunden.

¹⁰³ Vgl. Luksemburg, Dyskusja, in: Mlot, Nr. 14, Warschau, 5. 11. 1910, S. 5–7, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 148; Engels, Über den Antisemitismus, in: Arbeiter-Zeitung Nr. 19 vom 9. 5. 1890, zitiert nach Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, S. 55.

¹⁰⁴ In zahlreichen Städten des Zarenreiches kam es in Reaktion auf die Ermordung von Zar Alexander II. 1881 zu Angriffen und Massakern an der jüdischen Bevölkerung. Falsche Gerüchte machten Juden für das Attentat verantwortlich. Die folgende Regierungszeit von Zar Alexander III. war von einer reaktionären Politik gekennzeichnet, so dass Rechte und Schutz der Juden eingeschränkt wurden.

¹⁰⁵ Zu nennen sind hier v. a. die Pogrome im Jahr 1903 in Kišinev und Gomeľ.

¹⁰⁶ Das Commissariat war von vornherein als vorläufiges angelegt. Kommissar war Semen Markovič Dimanštejn (1886–1937), sein Stellvertreter war Il'ja Grigorjevič Dobkovskij. Vgl. Dekret über die Bildung des Jüdischen Commissariats, 1. 2. 1918, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), Der Sowjetkommunismus. Dokumente, Bd. 2, S. 92.

¹⁰⁷ Narkomnac: Narodnyj komissariat po delam nacional'nostej.

zugeordnet.¹⁰⁸ Die Evsekija aber war von Anfang an als Teil der RKP (b) den Direktiven der Partei unterstellt. So zielten die Aktivitäten weniger auf eine Interessenvertretung der jüdischen Kommunisten ab, als vielmehr auf die Vertretung der Kommunisten innerhalb der jüdischen Bevölkerung, wodurch sich Lenin die langsame Assimilierung erhoffte.¹⁰⁹

Stalin dagegen versuchte die Assimilierung zu forcieren und jüdische Repräsentation zu verhindern. Er löste die Evsekija 1930 auf, und die Anzahl der Juden innerhalb der Parteielite, die nach der Revolution sehr hoch gewesen war, nahm in den 1930er-40er Jahren stark ab.¹¹⁰ Gleichzeitig gab Stalin vor, den jüdischen nationalen Bestrebungen entgegenzukommen, indem er ab 1928 die Besiedlung eines jüdischen autonomen Gebietes in Birobidžan, an der östlichen Grenze zu China förderte. Das Projekt aber war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Nur wenige Juden waren bereit, an die ferne Ostgrenze der Sowjetunion zu ziehen, in ein Gebiet, in dem es außer Agrarwirtschaft keine wirtschaftliche Grundlage gab. Naheliegend ist die Aussage des damaligen Sicherheitsdienstmitarbeiters Pavel A. Sudoplatov, dass Stalins einziges Motiv war, die Grenzregion im Fernen Osten gegen Partisanen zu sichern.¹¹¹ So setzte sich gerade unter Stalin die ambivalente Politik gegenüber den sowjetischen Juden fort. Auf der einen Seite mit der Forderung nach kultureller Assimilation konfrontiert, wurden sie andererseits auch vermehrt wieder Opfer antisemitischer Diskriminierung. Insbesondere während des Krieges propagierte Stalin einen neuen russischen Nationalismus und belebte eine russozentrische Kultur und Reichssymbolik.¹¹² Schon bald kam es zu „Säuberungen“ im Kulturbereich und Juden wurden sukzessive aus der Verwaltung wie aus dem kulturellen Leben ausgeschlossen.¹¹³ Nach dem Zweiten Weltkrieg trat ein verschärfter Antisemitismus bei Stalin zutage, und es kam ab 1948 zu einer Welle von Verhaftungen im Zuge der so genannten Kosmopoliten-Affäre. Auch ließ Stalin 1949 Veröffentlichungen in jiddischer Sprache verbieten – ein Verbot, das erst 1965 wieder aufgehoben werden sollte.¹¹⁴ So versuchte er die kulturelle Assimilation auch zwangsweise durchzusetzen.

3.2. Die muslimischen Minderheiten in der UdSSR

Da sich Stalin noch vor der Revolution als Spezialist für die nationale Frage hervorgetan hatte, war er es auch, der den Vorsitz des im Oktober 1917 gegründeten Narkomnac übernahm. Hinter dieser Einrichtung stand die Einsicht, dass die Bolschewiki auf die Unterstützung der Minderheiten angewiesen waren, und diese hierfür möglichst früh in die Partei der Bolschewiki integrieren sollten. Das Narkomnac wurde zu einem Forum der Nationalitätengruppen, mit Unterkommissariaten für einzelne Minderheiten wie Armenier, Ukrainer, Polen etc. und ab 1919 auch der Juden. Diese Institutionen schienen den Min-

¹⁰⁸ Vgl. Kuzmany, Die Neuerfindung des Judentums, S.248f.

¹⁰⁹ Zionistische Gruppen wie z.B. auch der Allrussische Zionistische Kongress waren seit 1919 von Verhaftungen und Repressalien betroffen und seit 1928 offiziell nicht mehr zugelassen. Vgl. hierzu Brod, Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR, S.37.

¹¹⁰ Nolte, Kleine Geschichte Rußlands, S.219.

¹¹¹ Sudoplatow/Sudoplatow, Der Handlanger der Macht, S.327.

¹¹² Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion.

¹¹³ Ja. Grinberg an Stalin über antijüdische Säuberungen in Moskau, 13.5.1943, in: Gosudarstvennyj antisemitizm v SSSR, S.36. Eine aktuelle Darstellung hierzu bei: Grüner, Patrioten und Kosmopoliten.

¹¹⁴ Erst durch den Erlass des damaligen Ministerpräsidenten Alexej N. Kosygin (1964–1980) wurde die jiddische Sprache 1965 wieder zugelassen.

derheiten eine Möglichkeit zur Interessenvertretung zu bieten, so dass diese Institutionalisierung auch auf Nationalisten anziehend wirkte.¹¹⁵

Als eine wichtige Sektion wurde im Januar 1918 das Zentrale Kommissariat für Muslime, das Muskom,¹¹⁶ als eines der ersten Unterkommissariate eingerichtet. Dies verdeutlicht das Verständnis, dass die Muslime für die Re-Integration des Reichskörpers wie auch wegen ihrer Wirkung auf die muslimischen Völker in den angrenzenden Staaten entscheidend sein konnten. Zusammen mit Lenin hatte Stalin noch im November 1917 einen gesonderten Appell „An alle muslimischen Arbeiter Russlands und des Ostens“ gerichtet:

„Muslime Russlands, [...] all diejenigen, deren Moscheen und Gebethäuser zerstört wurden, deren Glaube und deren Bräuche von den Zaren und Unterdrückern Russlands unterjocht wurden. Von nun an sind Euer Glaube und Eure Bräuche, Eure nationalen und kulturellen Einrichtungen frei und unantastbar. Gestaltet Euer Nationalleben frei und unbehindert. Ihr habt ein Recht darauf. Wisset, dass Eure Rechte wie auch die Rechte aller Völker Russlands von der Macht der Revolution und ihrer Organe – vom Rat der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten verteidigt werden.

Muslime des Ostens, Perser und Türken, Araber und Inder, all diejenigen, mit deren Köpfen und Eigentum, mit deren Freiheit und Heimat die habgierigen Raubtiere jahrhundertlang gehandelt haben, all diejenigen, deren Länder die Räuber, die den Krieg angefangen haben, aufteilen wollen.

Wir verkünden, dass die Geheimverträge des gestürzten Zaren über die Eroberung von Konstantinopel, [...] nun zerrissen und vernichtet wurden. Die russländische Republik und ihre Regierung, der Rat der Volkskommissare sind gegen die Eroberung der fremden Territorien: Konstantinopel muss in den Händen der Muslime bleiben. [...] Muslime Russlands! Muslime des Ostens! Auf diesem Weg der Erneuerung der Welt erwarten wir von Euch Mitgefühl und Eure Unterstützung.“¹¹⁷

Die muslimischen Minderheiten stellten auf dem Gebiet der späteren UdSSR ca. zehn Prozent der Bevölkerung und waren somit eine recht entscheidende Größe.¹¹⁸ Auch hatten die sowjetischen Muslime eine ziemlich starke Identität entwickelt, die sich über die Umma¹¹⁹ definierte und einen Gegensatz zu den als Unterdrücker angesehenen Russen bildete. Noch im Mai 1917 war die Umma als gesonderte Gemeinschaft auf dem ersten großen Pan-Russischen Kongress der Muslime in Kasan beschworen und die Ideen des Panturkismus und Panislamismus bestätigt worden.¹²⁰ Eine Identifizierung mit den politischen Gruppen war für viele Muslime schwierig: In den Parteien dominierten Russen, und insbesondere in den Regionen war das Vorgehen gegen die indigene Bevölkerung oft bru-

¹¹⁵ Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 27f.

¹¹⁶ Leitender Kommissar des am 19. 1. 1918 gebildeten Central'nyi Musul'manskij Kommissariat (Muskom) war der Tatar Mullah Nur Vahitov (1885–1918), seine Stellvertreter waren der Tatar Al-Imžan Ibrahimov (1887–1938?) und der Baschkire Šarif Manatov. Vahitovs Nachfolger, noch im Jahre 1918 bestimmt, war Mir Said Sultan Galiev (1880–unbekannt). Vgl. Bildung eines Kommissariats für die Angelegenheiten der Muselmanen, Januar 1918, in: Lieber/Ruffmann (Hg.), *Der Sowjetkommunismus. Dokumente*, Bd. 2, S. 90f.

¹¹⁷ *Obraščenie Sovetskogo pravitel'stva – „Ko vsem trudjaščimsja musul'manam Rossii i Vostoka“*, 20. nojabrja (3 dekabrja) 1917 g., in: SSSR i Arabskie Strany, S. 57–59.

¹¹⁸ 1926 lag die Gesamtbevölkerungszahl der UdSSR bei 147 Mio., davon waren 17,29 Mio. Muslime, d. h. 11,76%. 1959 lag die Gesamtbevölkerungszahl der UdSSR bei 208,8 Mio., davon waren 24,38 Mio. Muslime, d. h. 11,67%. Vgl. Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 178f.; Nolte, *Kleine Geschichte Rußlands*, S. 521.

¹¹⁹ Al-umma al-islāmiya bezeichnet die muslimische Gemeinschaft als eine religiöse Zugehörigkeit und ist in diesem Sinne als Weltkultur zu verstehen.

¹²⁰ Zum Panturkismus allgemein siehe Landau, *Pantürkism*; zum Panturkismus in Russland und der Sowjetunion siehe Zenkovsky, *Panturkism and Islam in Russia*, zum Kongress auch Bennisgen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 20f.

tal und antireligiös motiviert.¹²¹ Gleich 1918 wurden fast alle muslimischen Organisationen aufgelöst oder den Bolschewiki unterstellt. Gerade diese Versuche, die russische Vormacht wiederherzustellen, bewirkten aber eine Verstärkung des Nationalismus bei den Minderheiten. Selbst sozialistische Gruppen wurden mit wenigen Ausnahmen aufgelöst.¹²² Ein Großteil der Muslime blieb dementsprechend während der Revolution neutral, Strenggläubige und viele Kleriker emigrierten nach Persien oder in die Türkei.¹²³

Doch während des Bürgerkrieges intensivierte Lenin seinen Kampf um wachsendes Prestige der Bolschewiki bei den muslimischen Völkern innerhalb und außerhalb der UdSSR. Auf dem zweiten Kongress der Komintern im Sommer 1920 wurde eine aktive Politik in dieser Hinsicht angeregt.¹²⁴ Neben dem bereits erwähnten Kongress der Völker des Orients, der im September 1920 in Baku stattfand, engagierte sich die Komintern durch die Herausgabe des Magazins „Die Völker des Ostens“. Hier wurde auch der Internationalismus weiter gefasst und an die erwünschte Außenwirkung angepasst, wie es ein Slogan im 1920 veröffentlichten Komintern-Magazin verdeutlichte: „Arbeiter aller Länder und unterdrückten Nationen, vereinigt Euch!“.¹²⁵ Parallel verstärkte Lenin allerdings seine Agitation gegen Bewegungen wie Panislamismus und Panturkismus. „Notwendig ist der Kampf gegen den Panislamismus und die panasiatische Bewegung und ähnliche Strömungen, die den Versuch machen, den Freiheitskampf gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit der Stärkung der Macht des türkischen und japanischen Imperialismus und der Khane, der Großgrundbesitzer, der Mullahs etc. zu verbinden.“¹²⁶ Favorsierte Lenin z.B. im britischen und französischen Machtbereich die Unterstützung der dortigen nationalen Befreiungsbewegungen als Instrument, um die kapitalistische Welt zu schwächen, so begriff er grenzübergreifende Bewegungen auch als eine Gefahr für Russland selbst, da sie Einfluss auf die vielen Muslim- und Turkvölker des Kaukasus und Zentralasiens gewinnen könnten. Nicht ganz ohne Grund, denn der panturkistische Gedanke war seit dem Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in Kasan, auf der Krim und in Baku weit verbreitet.¹²⁷ Die Unabhängigkeit von Völkern von Sowjetrußland aber stand für Lenin genauso wenig wie für Stalin zur Diskussion.¹²⁸ Dafür versuchte er aber die muslimische Identität zur positiven Beeinflussung zu nutzen. Seine Politik gegenüber den Muslimen in Zentralasien war von Anfang an darauf ausgelegt, als ein Beispiel für andere Völker des Orients zu dienen. Lenin schrieb 1921 an das Zentralkomitee der RKP (b) in Turkestan bezüglich der Wirtschaftspolitik, „systematische und maximale Fürsorge für die mohammedanischen Armen, für ihre Organisation und Aufklärung“ wäre nötig und

¹²¹ Arbeitermilizen eroberten die Städte Orenburg, Semipalatinsk, Turgaisk, Aktübinsk, Kustanay, Akmolinsk. Simferopol, die Hauptstadt der Tataren, wurde von den Bolschewiki besetzt, ebenso wie Kasan, Baku und Alma-Ata. In Kokand kam es zu einem Massaker gegen die dortige Bevölkerung. Vgl. Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 23.

¹²² Von den muslimischen Gruppen wurden nur die von Azeri-Türken geführte Organisation Hümmet und die tatarische Partei Uralčylar akzeptiert. Uralčylar wurde 1919 aufgelöst, Hümmet 1920 endgültig von der RKP absorbiert. Vgl. Bennigsen/Wimbush, *Muslim National Communism*, S. 11, 22f.

¹²³ Ebenda, S. 31f.

¹²⁴ Vgl. hierzu das Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.

¹²⁵ Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), S. 448.

¹²⁶ Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage, angenommen auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale am 28. 7. 1920, in: Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 174.

¹²⁷ Adam, *Rußlandmuslime in Istanbul*.

¹²⁸ Vgl. Lux, *Lenins außenpolitische Konzeptionen*, S. 198.

müsse als Politik ausgebaut und konsolidiert werden. „Das soll als Modell für den ganzen Osten dienen.“¹²⁹

Viele Muslime traten während des Bürgerkrieges der RKP (b) in der Hoffnung bei, dass der Kommunismus ihnen als antiimperialistische Bewegung die nationale Befreiung ermöglichen würde. Gemäß dem Grundsatz „Sozialistisch in der Form, national im Inhalt“¹³⁰ standen die nationalen Interessen dabei im Vordergrund und wurden mit einer sozialistischen Grundhaltung kombiniert. Ein wichtiger Theoretiker dieser national-kommunistischen Ausrichtung war der Wolga-Tatare Mir Said Sultan Galiev¹³¹. Sultan Galiev arbeitete eine Theorie aus, mit der er eine muslimische Reformbewegung für den gesamten Orient schaffen wollte. Grundlage war, dass die Hauptdifferenz zwischen Unterdrückern und Unterdrückten ausgemacht wurde, da in den überwiegend muslimischen Gebieten in diesem Sinne kein Proletariat existierte, sie aber dennoch das schwächste Glied der kapitalistischen Welt ausmachen würden. Sultan Galiev hatte dabei den Anspruch, über die Grenzen hinweg auf die muslimischen Völker einzuwirken. Ebenso wie der Bund forderte er die Verwirklichung nationaler Ansprüche.¹³²

Allerdings wurden solche Ansätze von Stalin von Beginn an unterbunden. Zunächst wegen „nationalistischer Abweichung“ verhaftet, fielen die Anhänger solcher Bewegungen ab 1928 den Religionsverfolgungen Stalins in den muslimischen Republiken zum Opfer. In den 1930er Jahren waren sie bereits vollkommen marginalisiert und entweder zwangsintegriert in die Partei oder durch Verhaftung und Verbannung beseitigt.¹³³ Stalins Konzentration auf rein kommunistische Gruppen trug ebenfalls dazu bei, dass solche grenzübergreifenden muslimischen Bewegungen nicht zur Einflussnahme genutzt wurden.

Die Bolschewiki hatten von Anfang an ein starkes Interesse am Orient und ihr Engagement in der Region entsprach den strategischen wie auch den ideologischen Interessen. Explizit erweiterte Lenin die marxistische Theorie um die internationale Dimension und räumte auch den Kolonien eine große Bedeutung für die Weltrevolution ein, indem er ihnen das Selbstbestimmungsrecht zusprach. Trotz gegenteiliger Propagierung wurden allerdings in Russland selbst Ansätze nationaler Selbstbehauptung vehement bekämpft wie die Beispiele des Bund und der national-kommunistischen Ausrichtung muslimischer Gruppen zeigt. Auch transnationale Bestrebungen wie der Zionismus, der Panislamismus oder der Panturkismus wurden als Gefahr für die eigene Integrität eingeschätzt und scharf verurteilt. Gleichzeitig aber erkannte Lenin auch die Chance dieser grenzüberschreitenden Einflüsse und versuchte sie von Anfang an zu nutzen. Die Problematik der rückwirkenden Beeinflussung sollte dabei bestehen bleiben und die Politik auch weiterhin prägen.

¹²⁹ Lenin, An das Turkestanische Büro des ZK der KPR(B), 7.8.1921, S. 495.

¹³⁰ Dies war eine Umkehr der Losung Lenins „National in der Form, sozialistisch im Inhalt“.

¹³¹ Mir Said Sultan Galiev (1892–1940) war Tatare und arbeitete als Journalist. Er wurde zum Anführer der national-kommunistischen Muslimbewegung. 1917 trat er in die RKP (b) ein und machte als einer der renommiertesten Muslime in der Partei schnell Karriere. Erstmals wurde er mit der Begründung „nationalistischer Abweichung“ 1923 verhaftet. Erneut wurde er 1928 festgenommen, zunächst zum Tode, dann zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. Nachdem er aufgrund seines Gesundheitszustandes verfrüht entlassen worden war, kam er 1937 wieder in Haft und wurde 1940 erschossen. Detaillierter hierzu Bucher-Dinç, Die mittlere Wolga im Widerstreit.

¹³² Bennigsen/Wimbush, Muslim National Communism, S. 42f.

¹³³ Nolte, Kleine Geschichte Rußlands, S. 221.